

Landkreis Ravensburg

den 12. Okt. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 06.07.2017 in der Zehntscheuer Gessenried,
Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg, Vogter Str. 4, Wolfegg

Dauer 14:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Ablor,

Herr Elmar Buemann,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Karl Immler,

«sitext» vom «sidat»

Herr Thomas Kellenberger,
Herr Wolfgang Kleiner,
Herr Dieter Krattenmacher,
Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Clemens Moll,
Herr Axel Müller,
Herr Peter Müller,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Herr Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler, MdL,
Herr Robert Schweizer,
Herr Daniel Steiner,
Herr Robert Stützele,
Herr Roland Weinschenk,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Michael Lang,
Herr Holger Lehr,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Peter Smigoc,
Herr Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Judith Gebhardt,
Herr Gereon Gülденberg,

Frau Ursula Hilpert,
Frau Liv Pfluger,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Heinz Strubel,
Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Rainer Marquart,
Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,	Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur u. Bürgerservice
Herr Franz Baur,	Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Frau Diana E. Raedler,	Dezernentin Arbeit u. Soziales
Herr Walter Sieger,	Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft u. ländlicher Raum
Herr Gerd Hägele,	Dezernent Recht, Ordnung u. Landwirtschaft
Herr Franz Hirth,	Amtsleiter Stabsstelle des Landrats
Frau Selina Nußbaumer,	Stabsstelle des Landrats

Herr Thomas Riesch,
Herr Hubert Messmer,

Gäste

Herr Wilfried Franke,

Amtsleiter Hauptamt
Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben,
zu TOP 6

Abwesend:

CDU

Herr Roland Bürkle,
Herr Waldemar Westermayer, MdB,

FWV

Herr Markus Ewald,
Herr Roland Haug,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bruno Sing,

SPD

Herr Anton Frei,
Herr Gerhard Lang,
Herr Jürgen Rölli,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Hauptamtes

3. 0097/2017
Aktualisierung der Hauptsatzung - §§ 3,4,6 und 7

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4. 0090/2017
Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier in Ravensburg - Zuwendung im Rahmen des EFRE

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

5. 0092/2017
Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes in Ravensburg und Weingarten - Flächenkonzept

Mitteilungsvorlagen

6. 0075/2017
Fortschreibung des Regionalplanes - aktueller Stand und weiteres Vorgehen; Gast: Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

- 6.1 0102/2017
Kiesabbau im Landkreis Ravensburg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 28.06.2017

6.2 0103/2017

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises Ravensburg um das Kapitel Abfallvermeidung und konkrete Vorschläge - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2017

7. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

8. 0096/2017

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - Vermietung von Unterkünften an Städte und Gemeinden

9. 0098/2017

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - Verkauf von Unterkünften an Städte und Gemeinden

10. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 23.06.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

BM P. Müller verzichtet auf ein Grußwort.

Der Vorsitzende gratuliert KRin Gebhardt nachträglich zum runden Geburtstag.

Öffentliche Sitzung

1 Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die fristgerecht erfolgte Erweiterung der Tagesordnung – siehe Änderungsblatt vom 30.06.2017 zur Tagesordnung (Aufnahme von TOP 7.1 und 7.2).

Hierzu werden keine Einwendungen vorgebracht.

Die beiden Anträge gem. § 29 I 4 LKrO (bisher TOP 7.1 und 7.2) werden vor „Mitteilungen und Anfragen“ behandelt und erhalten die jeweils neue TOP Nr. 6.1 und 6.2.

Darüber hinaus gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 18.05.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Hauptamtes

3 0097/2017

Aktualisierung der Hauptsatzung - §§ 3,4,6 und 7

Der Vorsitzende lässt wissen, dass das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungsausschuss wegen eines Abstimmungsversehens einer Fraktion für die heutige Beratung nicht zugrunde gelegt werden kann.

Herr Simon stellt die anstehenden Aktualisierungen vor.

KR Henle geht auf die Zuständigkeiten bei Stellenbesetzungen ein. Seiner Meinung nach haben sich die bisherigen Strukturen bewährt. Er spricht sich daher gegen die vorgestellten Änderungen aus.

KR Restle schlägt eine getrennte Abstimmung über den Verbleib von § 6 Abs. 1, letzter Satz vor. Ggf. solle der restliche Redaktionstext dann entsprechend angepasst werden.

KR Bindig verweist auf das sehr aufwendige Auswahlverfahren und kann daher nachvollziehen, dass nur leitende Bedienstete durch das politische Verfahren gehen sollten.

KR Spieß möchte der Verwaltung ebenfalls den entsprechenden Vertrauensvorschuss geben, auch um eine Gleichmäßigkeit in die Entscheidungsprozesse zu bringen.

Der Vorsitzende beschreibt zwei Aspekte:

- Bestimmung des Einflusses des Kreistags gemäß der Bedeutung der Stelle
- Gleichbehandlung von Kreisverwaltung und Tochtergesellschaften

KRin Pfluger stimmt der vorgeschlagenen Änderung zu. Die Sachgebietsleiterstellen würden oft intern und aus dem bestehenden Team heraus besetzt werden. Da müsse der Ausschuss nicht beteiligt werden.

KR S. Scharpf gibt zu bedenken, dass die kleinen Fraktionen durch die zeitintensiven Auswahlverfahren sehr belastet werden. Für den Beschlussentwurf sprächen daher auch ökonomische Gründe. Er bittet jedoch darum, dass sich die ausgewählten

Stelleninhaber kurz im Kreistag vorstellen.

Der Vorsitzende sagt zu, eine solche Vorgehensweise in der Fraktionsvorsitzenden-Runde zu besprechen.

Beschlussentwurf der Verwaltung:

Die in Anlage 2 dargestellte Änderungssatzung wird beschlossen.

Modifizierter Beschlussentwurf auf Vorschlag von KR Henle:

Aus der Satzung zur Änderung der Hauptsatzung sollen die §§ 3 und 6 gestrichen werden.

Beratungsergebnis: mit 31 Gegenstimmen und 29 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschlussentwurf der Verwaltung:

Die in Anlage 2 dargestellte Änderungssatzung wird beschlossen.

Beratungsergebnis: mit 32 Ja-Stimmen wird die erforderliche Mehrheit von 37 Stimmen nicht erreicht, daher ebenfalls mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende kündigt an, die Aktualisierung der Hauptsatzung zu gegebener Zeit wieder vorzulegen.

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4 0090/2017

Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier in Ravensburg - Zuwendung im Rahmen des EFRE

Herr Meßmer stellt die Energieversorgung mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Strubel spricht dem Projekt seine große Anerkennung aus. Hier seien Arbeit und

Geldmittel lohnend eingesetzt. Auch die Übertragung der Thematik in den Schulunterricht sei sehr lobenswert.

KR Krattenmacher unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen ebenfalls. Vor dem Bauabschluss müsse allerdings nochmals intensiv über die Wirtschaftlichkeit diskutiert werden.

KR Dr. Walz bezeichnet die Planung als „riesengroßen Schritt nach vorne und einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz“. Unabhängig davon müsse jedoch überlegt werden, wie die Fortsetzung der Energiewende aussehen soll und wie die Bevölkerung stärker aufgeklärt werden könnte. Um den Gedanken der Energiewende beim Bürger wirkungsvoller ankommen zu lassen, sowie zur Förderung der Motivation wäre beispielsweise die Einrichtung eines „Energiebüros“ denkbar. Weiterhin überlegt er, das vorgestellte Konzept auch für die Kommunen zu transportieren. Grundsätzlich müsse die E-Mobilität stärker gefördert werden.

KR Henle betont, dass sowohl der Vorsitzende als auch er selbst mit E-Autos zur heutigen Sitzung gefahren seien. Weder der Landrat noch die Bürgermeister oder die Bewohner der Kommunen bräuchten diesbezüglich „Nachhilfe“.

KRin Dr. Brehm tauscht sich mit Herrn Meißner über das Zusammenspiel dieses Tagesordnungspunktes mit dem nachfolgenden Punkt Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes aus. Herr Meißner lässt wissen, dass die Zeitfenster bezüglich des Flächenkonzepts gut mit diesem Projekt abgestimmt seien. Im Übrigen sei das Projekt modular aufgebaut und damit problemlos erweiterbar.

Beschlussentwurf:

Im Rahmen des Förderprogramms für kommunalen Klimaschutz erhielt der Landkreis Ravensburg für das Projekt „Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier Ravensburg“ einen Zuwendungsbescheid aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Mittel) in Höhe von bis zu 2.888.671,87 €. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich gemäß vorliegender Projektskizze auf voraussichtlich 8.159.382,50 €.

Die Fördermittel für das Projekt "Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier Ravensburg" werden angenommen und die Verwaltung beauftragt, die

Umsetzung des Projektes wie folgt weiter voranzutreiben:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt und die öffentliche Ausschreibung der Projektsteuerungsleistungen der Stufe 1 AHO in die Wege zu leiten und an einen geeigneten Bieter zu vergeben. Mit diesem wird das Projekt vorbereitet, die Terminplanung festgelegt und die Leistungsbilder der erforderlichen Planungsleistungen erarbeitet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Stellenplans 2018 des Eigenbetrieb IKP für die Bearbeitungsdauer des Projektes (ab August 2017 bis zum Projektabschluss) zusätzlich 0,5 Planstellen aufzunehmen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

5 0092/2017

Flächen- und Standortkonzept des Landratsamtes in Ravensburg und Weingarten - Flächenkonzept

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss in Nr. 1 des Beschlussentwurfs das Wort „eingefroren“ gegen „festgelegt“ ausgetauscht hat. Er führt in die Thematik ein und betont, dass der dargestellte Gesamtflächenbedarf als Zielwert für eine Idealvorstellung betrachtet werden solle.

Modifizierter Beschlussentwurf des Verwaltungsausschusses:

1. Der Gesamtflächenbedarf der Landkreisverwaltung am Standort Ravensburg / Weingarten soll auf 22.100 m² **festgelegt** werden, zuzüglich des Flächenmehrabbedarfes für Ausbildung mit rund 520 m² sowie 300 m² je Projektierung eines Bürgerbüros.
2. Auf dieser Grundlage ist das Projekt in der nächsten Stufe „bauliche Handlungsfelder“ fortzuführen.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

Mitteilungsvorlagen

6 0075/2017

Fortschreibung des Regionalplanes - aktueller Stand und weiteres Vorgehen;
Gast: Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Herr Franke stellt den aktuellen Stand der Fortschreibung des Regionalplans mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Bindig erkundigt sich, ob der Entwurf des neuen Regionalplans dem Kreistag zur weiteren Beratung vorgelegt wird. Er erwähnt den Flächenverbrauch und die weitere Entwicklung bei den Gewerbegebieten. Um die Dichte zu erhöhen, sei zu prüfen, ob man beispielsweise Einzelhandelsgeschäften vorschreiben könnte, Tiefgaragenplätze herzustellen oder mehrstöckig zu bauen. In Zusammenhang mit der Rohstoffnutzung müsse verstärkt auf Qualität gesetzt werden, um die Umweltbelastungen zu minimieren. Im Sinne einer nachhaltigen Rohstoffnutzung sei eine Verknüpfung mit ökologischen Kriterien anzustreben. Außerdem empfiehlt er, im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans auch das Thema Biodiversität zu beleuchten.

Herr Franke geht auf die einzelnen Themenbereiche ein:

- formale Erfordernisse bei der Aufstellung eines Regionalplans,
- Flächenverbrauch bei Wohn- und Gewerbevorhaben
- Rohstoffnutzung – Rekultivierung oder Schaffung von neuen Biotop-Räumen
- Konzept zur Biodiversität

KR Smigoc tauscht sich mit Herrn Franke und Herrn Sieger über den Kiesabbau und das Genehmigungsverfahren für den Betrieb der Asphaltmischanlage in Grenis aus.

KR S. Scharpf warnt vor der Ausbeutung und Zerstörung der Erde. Auch mit den Themen E-Mobilität und Photovoltaik („unfassbarer Materialbedarf!“) müsse behutsam umgegangen werden. Im Hinblick auf das Gebot eines schonenden Umgangs mit

Ressourcen dürfe der „Gier der Industrie“ nicht kritiklos nachgegeben werden.

KR Zintl möchte ebenfalls den Ressourcenverbrauch von Photovoltaik-Anlagen auf freien Flächen steuern. Eigentlich würden jedoch die Maßnahmen im Obstbau, beispielsweise die Hagelschutzanlagen, weitaus größere Eingriffe in die Natur darstellen. Er fragt, ob der Regionalverband hier steuernd eingreifen könne.

KR Aicher spricht die Erfassung und Nutzung von leerstehenden landwirtschaftlichen und gewerblichen Gebäuden an. Seines Erachtens würden die Photovoltaik-Anlagen auf Dächern ausreichen. Um die Belastung von Freiflächen zu minimieren, sollten die Dachflächen stärker auf eine mögliche Photovoltaik-Nutzung hin überprüft werden. Ein weiterer Aspekt sei die Materialwahl beim Bauen. Es sei an der Zeit, die vorherrschende Beton-Bauweise zu überdenken und das Bauen mit Holz stärker in den Vordergrund zu rücken. Im Übrigen müsse auch der Hochwasserschutz dringend optimiert werden. In Zusammenhang mit dem Kiesabbau stelle sich die Frage nach den Möglichkeiten des Regionalverbands, hier Einfluss zu nehmen und vernünftige Lösungen auf eine gesetzliche Ebene zu bringen.

KR Buschle betont, dass die Menschen die nötigen Rahmenbedingungen brauchen, um weiter leben und arbeiten zu können. Er verweist auf die boomenden Regionen außerhalb unseres Landkreises und vor allem in Bayern.

Herr Franke beantwortet die Fragen, die in dieser Wortmeldungs-Runde aufgekomen waren.

KR Spangenberg berichtet von der intensiven und abwägenden Arbeit in der Regionalversammlung bzw. im Planungsausschuss, wo auch der Kiesabbau thematisiert worden sei.

KR Gallasch erwähnt den Antrag der ÖDP-Fraktion zum Kiesabbau. Er vertritt die Auffassung, dass dieser Antrag dem geltenden Recht widerspricht. Menschen müssten arbeiten und wohnen können. Insofern stimme die Richtung des vom Regionalverband eingeschlagenen Wegs.

KR Dr. Walz stellt fest, dass die Enge zunimmt; dennoch würde zunehmend in die Breite geplant. Dies sei eine konfliktreiche Tendenz, der ggf. mit restriktiven Vorgaben oder Auflagen bereits in den Planungsverfahren, vor allem für gewerbliche Verfahren,

entgegengewirkt werden sollte.

Herr Franke fasst die einzelnen Aspekte aus dieser Wortmeldungs-Runde noch einmal zusammen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

6.1 0102/2017

Kiesabbau im Landkreis Ravensburg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 28.06.2017

KR M. Scharpf erläutert seinen Antrag und schildert die Besorgnis und Unruhe in der Bevölkerung sowie das nachvollziehbare Informationsbedürfnis der Bürger zu folgenden Fragen:

- Wohin geht der Kies?
- Wieviel Kies bleibt in der Region?
- Wie kann der Abbau und die daraus resultierende Problematik reduziert werden?

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass der Antrag mittels Geschäftsordnungs-Antrag zur weiteren Beratung in den Fachausschuss verwiesen werden kann. Falls ein solcher Antrag nicht gestellt werde, erfolge heute die Abstimmung über den Antrag.

KR Zintl würde den Antrag erweitern um die Frage: „Welche Materialströme kommen in den Landkreis Ravensburg?“

Herr Sieger betont, dass der Landkreis keinen Zugriff auf die Daten hat. Die Mengengerüste würden nicht einmal dem Regionalverband vorliegen. Andere Landkreise würden beispielsweise über Granit oder Kalk verfügen, was wiederum bei uns eingeführt werde. Beim Landkreis Ravensburg liege der Versorgungsauftrag für Kies. Selbst wenn es ein Zahlenwerk über die Materialströme gäbe, stelle sich die Frage der weiteren Verwendung dieser Daten. Das Landratsamt habe nach einem geordneten und abgeschlossenen Genehmigungsverfahren für die entsprechenden Betriebe weder

weitere Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftsausübung noch eine Kontrollfunktion.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden wird kein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt.

Antrag der ÖDP-Fraktion (KR M. Scharpf):

Die Fraktion der ÖDP im Kreisrat Ravensburg beantragt, dass die Kreisverwaltung prüft bzw. in Erfahrung bringt, wieviel Kies und Sand aus dem Gebiet des Regionalverbandes Bodensee Oberschwaben, also aus dem Bodenseekreis, dem Landkreis Sigmaringen und dem Landkreis Ravensburg ins Ausland exportiert wird.

Bezug nehmen wir hierbei auf die weitere Regionalplanung.

Zudem beantragen wir, dass die Kreisverwaltung zukünftig daraufhin arbeitet, dass der Rohstoff Kies in den Fällen, in denen die Kreisverwaltung betroffen ist, nur noch kontrolliert und mit Maß und Verstand ins Ausland verkauft wird.

Beratungsergebnis: bei 7 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

6.2 0103/2017

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises Ravensburg um das Kapitel Abfallvermeidung und konkrete Vorschläge - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2017

Antrag zur Geschäftsordnung von KRin Pfluger:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

7 **Mitteilungen und Anfragen**

Geschäftsführender Schulleiter der Beruflichen Schulen im Landkreis Ravensburg

Herr Baur gibt bekannt, dass das Regierungspräsidium den Schulleiter der Edith-Stein-Schule Ravensburg, Herrn Peter Greiner, zum Nachfolger des ausscheidenden Schulleiters der Gewerblichen Schule Ravensburg, Herrn Günther Schuster, für das Amt des Geschäftsführenden Schulleiters der Beruflichen Schulen bestellt hat.

Landeskinderturnfest in Ravensburg vom 07. bis 09. Juli 2017

KR Engler verweist auf die von ihm ausgeteilten Festschriften und dankt dem Landkreis für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit bei der Organisation.

Kreistag am 06.07.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

8. 0096/2017

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - Vermietung von Unterkünften an Städte und Gemeinden

Beschlussentwurf:

Die Vermietung der Unterkünfte an die Städte und Gemeinden zur Unterbringung von Flüchtlingen erfolgt zur marktüblichen Konditionen wie in der Anlage 1 dargestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

9. 0098/2017

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - Verkauf von Unterkünften an Städte und Gemeinden

Beschlussentwurf:

Dem Verkauf der Gebäude Springerstraße 88 und 88/1 und Schützenstraße 110 an die Stadt Ravensburg sowie dem Gebäude Riedhauser Str. 38 an die Gemeinde Wilhelmsdorf wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Volker Restle

Dieter Krattenmacher

Oliver Spieß